

# Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle



## Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle, Bezirk Merseburg

Das "Sozialblatt" erscheint mit Beilagen. Es ist Publikations-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ der Arbeitervereine. Schriftleitung: Dr. Wärrsche 6, Bernauer-Platz Nr. 246/5, 246/7, 250/3. Redaktion: Marktstr. 11/12. Druck: Marktstr. 11/12. — Anzeigen: einzeln 10 Pfennig, 10 Hefen 1 Mark. — Abonnement: 12 Hefen 1 Mark 20 Pfennig, 6 Hefen 60 Pfennig, 3 Hefen 30 Pfennig. — Einzelhefte 10 Pfennig. — Einzelhefte 10 Pfennig. — Einzelhefte 10 Pfennig.

Belegpreis monatlich 1,50 und 0,30 Btl. Anzeigensätze, insgesamt 2,10 Btl. für Abholer monatlich 0,45 Btl. Belegpreis 2,10 Btl. durch Postboten auswärts 2,30 Btl. bei direkter Einlieferung an den Verlag 2,40 Btl. — Einzelhefte 10 Pfennig, 10 Hefen 1 Mark, 6 Hefen 60 Pfennig, 3 Hefen 30 Pfennig. — Einzelhefte 10 Pfennig. — Einzelhefte 10 Pfennig.

# Winterhilfe weiter verzögert!

## Genfer Abkommen, Arbeitsbeschaffung und Finanzierung im Reichskabinett

Im Reichskabinett beräthete am Mittwoch von Neurath über die Genfer Vereinbarungen. Sie fanden die Billigung des Kabinetts.

Die Vollmachten des Reichskommissars Dr. Gercke, über die man sich verständigt, werden durch eine Verordnung des Reichspräsidenten festgelegt werden.

Sie sind so umgrenzt, daß die Arbeitsgebiete der Ressortministerien durch sie nicht berührt werden. Für die Durchführung der Arbeitsbeschaffung werden Richtlinien aufgestellt und bekanntgegeben werden.

Als feststehend kann gelten, daß anderhalb Millionen für die Arbeitsbeschaffung zur Verfügung stehen, unter entsprechender Mithilfe der Reichsbank.

Die Erklärung über das Verbleiben der Studenten hat dazu geführt, daß man von einer Pflichtarbeit Abstand genommen hat, weil sich bis zum 1. April nicht die technischen und finanziellen Voraussetzungen regeln ließen. Das Reichsinnen- und das Reichsarbeitsministerium sind beauftragt, die freiwillige Teilnahme der atademischen Jugend an dem Arbeitsdienst zu organisieren.

Für die Winterhilfe sollen die beteiligten Ministerien erst am kommenden Vorschläge unterbreiten.

## Lohnlarise geschüht

Die von der Sozialdemokratie scharf belämpfte Dapen-Verordnung endgültig aufgehoben

Am Mittwoch wird mitgeteilt:

Die Reichsregierung hat am Mittwoch die Aufhebung der Verordnung zur Berechnung und Erhaltung der Arbeitslosigkeit vom 5. September 1932 beschlossen. Als Verhandlungstermin ist der 31. Dezember 1932 vorgezogen. Um jedoch Arbeitgeber, die von der Verordnung Gebrauch gemacht haben und ihre Arbeitnehmererschaft vor wirtschaftlichem Schaden zu bewahren, kann der Schlichter unter gewissen Voraussetzungen die Berechnung zur Zeitlichkeitsdauer verlängern und bis zum 31. Januar 1933 verlängern. Entsprechende Anträge müssen spätestens am 31. Dezember 1932 beim Schlichter eingegangen sein. Der zweite Teil der Verordnung, der den Schlichter ermächtigt, für gefährdete Betriebe auf tariflichem Gebiet Erleichterungen zu gewähren, kommt mit Ende Januar 1933 zum Wegfall. Mit der Ver-

ordnung verlieren auch die ihr ergangenen Ausführungsbestimmungen ohne weiteres ihre Wirkung.

Die Kommunisten fordern den Zusammentritt des Reichstags zum 19. Dezember. Auf die Tagesordnung sollen die Anträge des Haushaltsausschusses auf Aufhebung der sozialpolitischen Notverordnungen, die Winterhilfe und ein Mißtrauensantrag gegen die Regierung Schleider gestellt werden.

Ob und wann der Reichspräsident den Vorkommnissen zur Stellungnahme zum dem parlamentarischen Antrag zusammenzutreten wird, steht noch nicht fest. Sicher ist jedoch, daß die Reichstags des Reichstags einschließlich der Nationalsozialisten dem Verlangen nach Einberufung einer Sitzung noch vor Weihnachten nicht entsprechen wird.

Die Sozialdemokratie, die sich bereits in der letzten Reichstagsperiode gegen die lange Vertagung des Parlamentes ausgesprochen hatte, wird ihre Stellung zur vorzeitigen Einberufung des Reichstages in der Hauptsache davon abhängig machen, ob die Reichsregierung den Beschluß des Reichstags über eine Winterhilfe für Bedürftige entspricht.

Folgen für die britischen Finanzen nach sich ziehen würde.

England hofft nun auf bevorzugte Behandlung durch Amerika, und es dürfte in der Zeit von der Empörung profitieren, die in Washington über die französische Vertragsverletzung ausgebrochen ist.

Die Amerikaner, die sich seit 15 Jahren als Schleicher und Gelbher der Welt aufspielten und die daran genötigt waren, sich stets und überall durchzusetzen, können es zunächst gar nicht lassen, daß es eine Nacht überhaupt mag, ihnen die Stirn zu bieten. Es werden dort milde Bemerkungen und Drohungen gegen Frankreich ausgehen. Man spricht von diplomatischen und sogar von handelspolitischen. Aber wir glauben, daß sich die erste Klugheit bald legen und nüchterer Betrachtung der Verhältnisse Platz machen wird. An Wichtigkeit war die französische Aufhebung notwendig, um den seit Jahren schlingelnden Schuldentrost zum Austrag zu bringen und um eine vernünftige Neuregelung zu beschleunigen, die seit dem Hoover-Moratorium und seit dem Lausanne-Abkommen langsam und unermüdlich geworden ist.

Neben diesem Problem ist die Frage, wie die französische Regierungspolitik im einzelnen gestaltet werden wird, nur von untergeordneter Bedeutung. Denn es ist klar, daß Herrriots Sturz, der nicht durch einen innerpolitischen Konflikt veranlaßt wurde, auch keine Kurswende, sondern nur einen Personalwechsel zur Folge haben wird.

## Klagges gerettet!

Bürgerliche Mittelparteien schützen Nazi-Terror

Eigener Bericht

Braunschweig, 14. Dezember.

Mit den Stimmen der bürgerlichen Mittel- und Rechtsparteien ist am Mittwochabend im Deutschen Reichstag nach einer fünfständigen Debatte der sozialdemokratische Mißbilligungsantrag gegen Nazi-Klagges bei Stimmengleichheit abgelehnt worden. Für den Antrag stimmten die SPD, die KPD, und die jungbolsche Abgeordnete Schröder. Nach der Ablehnung stimmte Schröder für einen vorkarrierlichen Antrag und ermöglichte dessen Annahme. Dieser Antrag verpflichtet Klagges zu nichts, sondern stellt es in seinem Ermessen, den Sozialkonflikt zu einem für beide Teile befriedigenden Ausgleich zu bringen.

In der vorausgegangenen, stundenlang stürmisch verlaufenen Aussprache rechnete der sozialdemokratische Abgeordnete Riese mit dem Spitzel und Denunziantensystem im Hochschulwesen unter der Herrschaft Klagges ab. Der sozialdemokratische Redner betonte, daß der Reichsminister sowohl die Hochschul- als auch die Reichsverfassung verletze und seine Amtsgewalt mißbrauche habe. Die Disziplin an der Hochschule werde nicht dadurch gefördert, daß die Nazi-Studenten von 8 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags in den Vorlesungen sich den Anordnungen der Hochschulbehörden unterziehen, um dann ab 5 Uhr nachmittags auf den Hochschulhof militärisch von SS-Leuten geschuldet zu werden. Die Hochschulen gehörten nicht in die Hand eines Klagges.

Klagges Verleumdungsrede war auffallend matt und in der Form außerordentlich gemäßig. Immer wieder entzückte er sich, daß er nicht den Konflikt ausgelöst und gewollt habe. Seine Maßnahmen seien von vorkarrierendem Charakter und nur zur Wahrung seiner Autorität nötig gewesen. Der deutschnationale Fraktionsführer, Professor Roloff, gab zu, daß seine Partei an einer Vertiefung des Konflikts kein Interesse habe, daß er im Augenblick eine Regierungs- und Parlamentarismuslösung noch für verträglich ansehe. Die Resolution wurde schließlich nach dem sozialdemokratischen Abgeordneten Thielemann gewonnen, von dem Aufrechten des Naziabgeordneten Dr. Zimmer abzurufen, der kurz vor der Abstimmung nochmals eine Solidaritätserklärung der nationalsozialistischen Mitabgeordneten für Klagges und mit Beschimpfungen gegen den Redner verlesen habe.

## Konflikt Frankreich—Amerika / Internationale Krise?

# Das Kriegsschulden-Problem

## Herrriots Sturz: Frankreichs lehnt alle Zahlungen an Amerika ab

Es wäre getöuf für Herrriots einfacher gewesen, die Fäkung in dem Widerstand der öffentlichen Meinung Frankreichs gegen die amerikanische Forderung nach Übernahme und die Verweigerung der Schuldzahlung selbst zu bekräftigen und zu verankern. Er hat den ungeheuren Standpunkt vertreten und ist dabei, wie schon seit Tagen erwartet, geblieben worden. Er hat dadurch an persönlichen Verdienste nur gewonnen, denn auch die Opposition hat ihm in klärenden Debatten, die durchaus aufrichtig gemeint waren, ihre Hochachtung für das Opfer gezeigt, das er im Interesse der Menschheit Frankreichs gebracht hat. Allerdings ist ihm dieses Opfer vielleicht durch das Bewußtsein erleichtert worden, daß seine Regierungsmehrheit sowie aus Anlaß der bevorstehenden Beratung über die Verfügungsvorschläge für den Etat auszunutzen war. Seiten ist ein Ministerpräsidenten so in Schwärze gestürzt wie Herrriots unter dem schließlichen Beifall nicht nur jener Ministerheit, die ihm bis zuletzt Gefolgschaft leistete, sondern auch der erdrückenden gegnerischen Mehrheit.

Die Argumente, die für eine Zahlungsverweigerung sprachen, waren nicht nur viel populärer, sondern auch sachlich viel stärker als die Begründung, die Herrriots seiner unantastbaren Ehre der pünktlichen Bezahlung ohne juristische Vorbehalte gab. Ziemerlei Beweggründe führte er für seine Auffassung an: einmal, daß ein Vertrag nicht einseitig abgeändert werden dürfe und Frankreich, das diesen Standpunkt Deutschland und den anderen Staaten gegenüber stets vertreten habe, sich daher der amerikanischen Weigerung füge müsse; ferner, daß sich Frankreich gerade in dieser Frage nicht von England trennen dürfe, zumal es selbst

Englands Schuldner und auf dessen Entgegenkommen für die Zukunft angewiesen sei.

Aber die Gründe der Opposition, die zwar auch die nationalpolitische Rechte umfaßte, aber unter geistiger Führung der Sozialisten stand, waren für den Durchschnittsfranzosen noch viel einleuchtender: Frankreich hat erst unter dem Druck Amerikas nicht nur die verschiedenen Verträge mit Zustimmung abgelehnt, sondern die es seine Wehrverpflichtungen immer härter ermäßigte, sondern auch dem Hoover-Moratorium zugestimmt, durch das die deutschen Zahlungen zunächst vorübergehend und in Wirklichkeit endgültig eingestellt worden sind.

Es war zu der Annahme berechtigt, daß Amerika diesen Druck nur unter der Voraussetzung ausüben würde, daß das Ende der deutschen Reparationen zugleich das Ende der internationalen Schulden bedeuten würde. Der Obankt war für die französische öffentliche Meinung geradezu unvorstellbar, daß schließlich eines Tages Deutschland nichts mehr an Frankreich, wohl aber Frankreich weiter an Amerika Kriegsschulden würde bezahlen müssen. So ist es aber infolge der starrsinnigen Haltung der Vereinigten Staaten doch gekommen, die trotz Dawes-Plan, trotz Young-Plan, trotz Hoover-Moratorium und trotz Lausanne-Abkommen noch immer an der formaljuristischen Auffassung festhalten, daß zwischen internationalen Schulden und deutschen Reparationen keinerlei Zusammenhang bestehe. Diese Auffassung ließe sich angeht die verschiedenen Bestimmungen im Dawes- und Young-Plan sogar rechtlich anfechten, moralisch und politisch ist sie nicht zu vertreten, und infolgedessen wird Frankreich, geben wir vor allem den französischen Sozialisten in ihrer Aufhebung gegen die Vereinigten Staaten vollkommen recht.

Wir bezwecken jedoch keineswegs, daß

eine Zahlungsverweigerung durch die europäischen Schuldstaaten auch für Amerika eine beträchtliche Belastung darstellt.

Denn der größte Teil der 26 Milliarden Warteuropäischer Schulden, die noch nicht getilgt sind, befindet sich in den Händen der kleinen amerikanischen Anleihegehrner und Sparer, die nun ihre Zinsenpräge an den Staat stellen, und dies in einem Augenblick, wo der amerikanische Haushalt ein Defizit von rund 12 Milliarden Wart aufweist, das durch beträchtliche neue Steuern ausgeglichen werden muß. Allerdings sind auch die deutschen Reparationen an Frankreich als Wiedereinbauleistungen unter den Millionen von französischen Sparern untergebracht worden, die gleichfalls Ansprüche an ihren Staat stellen. Die Lage ist also kaum weniger schwierig für Frankreich als für Amerika.

Am schwierigsten ist sie allerdings für England, das Amerika nicht nur doppelt so viel schuldet als Frankreich, sondern auch selbst von Frankreich und anderen europäischen Gläubigern beträchtliche Summen zu erhalten hat.

Außerdem ist Englands Finanzlage seit 1 1/2 Jahren sehr kritisch und seine Wäkung in dauernder Gefahr, während Frankreichs Wäkung durch eine beträchtliche Ansammlung von Gold seit sechs Jahren vor jeder Erschütterung geschützt ist. Wenn England trotzdem nach dem alle Verjuche, Amerika zu einem Entgegenkommen zu bewegen, gescheitert sind, dann ist dies nicht dem Verschulden gefolgt hat, seine ungeheure Rate von 420 Millionen Wart am 15. Dezember zu bezahlen, so entspringt dieser heroische Beschluß einer Zwangslage. England befürchtet, daß, wenn es das Signal zur einseitigen Wäkungsänderung eines Schuldvertrages geben würde, dieses Beispiel von seinen eigenen Schuldner, insbesondere von Australien und Island, befolgt werden könnte, was unabsehbar

# Die weitere Beratung der Abrüstung

## Begrüßung und Antwort des deutschen Delegierten

Eigener Bericht

Genf, 14. Dezember.

In der Generalkonferenz der Abrüstungskommissionen folgte auf die Beratung des Fünftägige-Abkommens durch Präsident Henderson eine lange Ansprache, in der sein Redner gegen den Inhalt selbst Stellung nahm, wohl aber fast alle Verwahrung einlegten gegen die Wichtigkeit der fünf Größmäße, auch in Zukunft weitere Besprechungen zur gemeinsamen Verständigung über Abrüstungsfragen abzuhalten.

Den formellen Vorbehalten Polens schlossen sich die Vertreter der Kleinen Entente an, sowie Uruguay, Griechenland und Belgien. Madaraga-Spanien schränkte diesen Protest dahin ein, daß Probleme von höchster Bedeutung existieren, in denen zuerst die Größmäße praktisch einig sein müßten, bevor die Konferenz weitere erfruchtliche Arbeit leisten könne. Wie

die Türkei, Ungarn, Spanien, Bulgarien, Island und China, so begrüßte Blatinow-Rußland vor allem die Rückkehr Deutschlands mit Genehmigung, sowie die Anerkennung der Grundzüge im Fünftägige-Abkommen für die praktische Politik. Wenn nach zehn Monaten die Konferenz wieder möglich sei, so hoffe er, daß in den nächsten zehn Monaten auch etwas in der Abrüstung erreicht werde und keine neuen Mitgliederzuläufe eintreten.

Mit Befriedigung registrierte Raffigli-Frankreich, daß gegen das Abkommen selbst kein Widerspruch erhoben worden sei. Frankreich werde nicht zulassen, daß die Konferenz vor vollendete Launen gestellt werde, an denen ein größerer Kreis von Mächten interessiert sei. Die Fünftägige-Verhandlungen würden nur begrenzte Ausnahmefälle betreffen. Auch Sir John Simon-England stellte die Methoden der Fünftägige-Besprechungen als Ausnahmeverfahren zur Förderung der Konferenzarbeiten dar und begrüßte Deutschlands Rückkehr.

Der deutsche Vertreter von Weizsäcker dankte für die Begrüßungen in der Hoffnung, daß der gleiche Geist der Verständigung, der das Fünftägige-Abkommen geschaffen habe, auch bei seiner Durchsetzung zum Besten des Friedens vorwalten werde.

Henderson kündigte an, daß bis zur nächsten Sitzung die Texte seiner Abkommen ausgearbeitet würden, in denen alle bisher erreichten Einigungen zusammengefaßt würden zu einer allgemeinen Konvention. Henderson betonte sehr scharf, daß er vom Einverständnis beauftragt worden sei, an den kommenden Fünftägige-Besprechungen als Präsident teilzunehmen.

Die Generalkommission verließ sich schließlich auf den 31. Januar 1933. Das Büro wird zur Vorbereitung der Tagessordnung am 23. Januar zusammenzutreten. Während der Beratigungszeit werden die Spezialkommissionen weiterarbeiten.

# Preußischer Landtag

## Kommunisten- und Nazi-Theater

Der Preußische Landtag, der am Mittwoch zu einer dreitägigen Sitzung zusammengetreten ist, nahm in seiner ersten Sitzungstagung einige kommunalistische Separatvorstellungen entgegen. In endlosen Reden zur Geschäftsordnung beantragte die KPD, sofortige Stellungnahme zu politischen Maßnahmen, deren Zweck einige kommunalistische Bezirkskonferenzen gewesen sind; dann wünschten sie eine Stellungnahme gegen das Verbot kommunalistischer Zeitungen. Der Landtag lehnte ab.

Hierauf hielten es die Kommunisten für notwendig, zum Landtag aus einer Ermahnung an die preußische Regierung zu rufen, die vom Reichstag beschlossene Amnestie im Reichsrat nicht zu gefährden, sondern ihr Zustandekommen zu unterstützen. Daß am Dienstag das preußische Staatsministerium sich in diesem Sinne schloß, gemahnt ist, hat am Mittwoch in allen Zeitungen gefanden. Die Kraftanstrengung war also wieder einmal recht überflüssig; sie konnte offene Türen ein. Aber der Landtag genehmigte in namentlicher Abstimmung mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Nationalsozialisten und Kommunisten den nun einmal vorgetragenen Wunsch, natürlich ließ die kommunistische Vermählung den Ehrgeiz des Nazi-Anwalts Freiler nicht schalen; er beantragte, daß die Regierung sofort alle Maßnahmen zur Freilassung der unter die Amnestie gefallenen Berlin- und neuer Strafvollzugsmaßnahmen gegen die von Amnestie betroffenen Verurteilten nicht durchführe. Daß die Justizverwaltungen der Länder in diesem Sinne verfahren, ist amtlich längst bekanntgegeben. Der überflüssige Beschluß wurde gefast.

Danach waren wieder die Kommunisten an der Reihe. Herr Römer mußte den neuesten kommunistischen Schwund vorbringen, daß die Sozialdemokratie zwar die Bracht-Kommunisten bekämpft habe, aber die Schlieder-Diktatur heimlich toleriere, und das im Sinne der Nazis, die das offen täten.

Der Zusatz wollte es, daß der nächste Punkt der Tagesordnung die Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag war, der klar und eindeutig gegen jedes Kommissarsregiment protestiert und die Wiedereinführung des Kabinetts Braun in seine verfassungsmäßigen Rechte fordert. Bei diesem Antrag — enthielten sich die Kommunisten der Stimme — am Mittwoch, den 14. Dezember, wo sie gemeinsam mit den Nationalsozialisten sich an dieser Abstimmung nicht beteiligten und dadurch den Landtag beschlußunfähig gemacht hatten. Infolge der Abgabe von Stimmenthaltungen durch die Kommunisten war diesmal der Landtag beschlußunfähig, und während die Nazis und Hugenberg sich nicht an der Abstimmung beteiligten, wurde der Antrag mit den Stimmen der Sozialdemokraten und des Zentrum angenommen.

Die Nazis freilich auch bei der folgenden Abstimmung über den kommunalistischen Antrag, der das Abschreißen des 30-jährigen bis 35-jährigen Altersbereichs vorschlug, teilnahm. Die Partei Hugenberg entließ sich der Stimme. Der Antrag wurde von Sozialdemokraten und Kommunisten gegen Zentrum und Deutschnationale angenommen. Die gleiche Mehrheit entschied für die Abgabe gegen diktatorische Reichs- oder Verwaltungsreform.

Zum Schluß der Sitzung gab es eine kleine Szene aus dem Bruderriegel der Hamburger Front. In den staatsfreien preußischen Gesellschaften halten die Deutschnationalen noch vom früheren Landtag her einige Aufreißerische best. Die Nazis mit ihrer Selbstbehauptung für sich beantragten. Der Janz und viele neue Aufreißertruppen hatte schon früher im Reichsrat und in der Auflösung den Deutschnationalen die meisten Bestimmungen der Nazis eingebracht. Diesmal ging die Auseinandersetzung zwischen den Deutschnationalen von Waidhufen und den Nationalsozialisten Lohse und Rube, die sich mit großem Pathos auf das Recht des Parlaments und auf die demokratische Verfassung, in den wichtigsten Formen vor sich.

# Hilfe für die Opfer von Premnitz

## Sozialdemokratischer Erfolg im Haushaltsausschuß des Reichstags

Im Haushaltsausschuß des Reichstags haben gestern diejenigen reichlichen Anträge zur Aufhebung von Notverordnungen auf der Tagesordnung, die vom Plenum überwiesen worden sind, weiter der sozialdemokratische Antrag rascher Sonderhilfe für die Opfer von Premnitz.

Nach einer kurzen allgemeinen Ansprache, die durch eine lange Rede des Nationalsozialisten Reinhardt unterbrochen wurde, mit der er die Umwandlung der Steuergutschriften in Arbeitswechsel vorzuschlug, beantragte Abg. Herr (Soz.) die Herabsetzung der Minister. Herr wünschte, daß sowohl der Finanzminister wie der Arbeitsminister und der Wirtschaftminister im Haushaltsausschuß anwesend seien, wenn dieser die Aufhebung oder etwaige Abänderung der Notverordnung über die Steuergutschriften beraten und beschließen. Der Sozialdemokrat liege nicht an irgendwelchen Beschlüssen des Haushaltsausschusses, die keine Wirkung haben. Die Sozialdemokratie wolle eine tatsächliche Besserung der Lage des Arbeitsmarktes. Man beriet

die SPD-Forderung, die Reichsregierung zu erlauben, für die Hinterbliebenen der Toten und die Familien der Verwundeten der Explosionskatastrophe im JG-Jardener Premnitz die Summe von 25 000 Mark zur Einberung der ersten Hilfe bereitzustellen

und die Versicherungsträger anzumelden, mit großer Beileidigung die Rentenverfahren zum Abschluß zu bringen.

Abg. Wiffel (Soz.) meinte, als Ursache des Unglücks müsse die Explosion von Sprengstoffen angenommen werden. Im vergangenen Jahre waren nicht weniger als 7000 Tote infolge von Betriebsunfällen zu beklagen. Gegenüber der Zahl von rund 10 000 Toten, die vom Krieg alljährlich Betriebsunfällen zum Opfer fielen, ist das zwar ein Rückgang, aber er ist ungenügend. Gemäß sei die Not in all den Einzelfällen, in denen eine Familie ihres Ernährers durch Betriebsunfall beraubt werde, nicht minder groß, als es jetzt durch dieses Unglück zu verzeichnen ist. Aber zur Abwendung der größten Not müsse hier wie schon in früheren Fällen von Reichs wegen gefordert eingegriffen werden.

Der Kommunist Rabel erklärte, daß seine Freunde dem sozialdemokratischen Antrag zustimmen würden.

Die Sozialdemokraten legten eine Entschließung vor, nach der die Reichsregierung erlucht wird, auf die Länderregierungen einzuwirken, damit die geplatzten Unfallverbürgungsversicherungen, besonders für tagelöhnlige Beschäftigte, sofortige Hilfe leisten und die ausfallenden Betriebe regelmäßig kontrolliert werden. Zu diesem Zweck sei die Wiederherstellung oder die Einrichtung von besonderen Frauen- und Jugendbeschäftigungen bei den Länderregierungen durchzuführen.

Abg. Frau Böhm-Schuch (Soz.) wies darauf hin, daß unter den 13 Vermissten Toden die Weiblich Jugendlöhne seien. Der sozialdemokratische Antrag und die Entschließung wurden nach kurzer Debatte vom Haushaltsausschuß angenommen.

# Bayerische Amnestie?

Der bayerische Ministerrat hat beschlossen, gegen das vom Reichstag angenommene Amnestiegesetz im Reichsrat Einpruch zu erheben. Um das zu verhindern, haben die Nationalsozialisten ihren schon vor Monaten im Landtag eingebrachten bayerischen nicht erledigten Amnestieantrag für das Gebiet des Freistaats Bayern wieder aufgenommen. Der Landtag wird diesen

Antrag am Donnerstag mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten annehmen und der Geschäftsrregierung jetzt damit das Recht absprechen, im Reichsrat gegen das Amnestiegesetz Einpruch zu erheben.

# Pfarrer für Bürgerkrieg

Gegen den evangelischen Nazipfarrer Probst hat die Frankfurter Staatsanwaltschaft

# Die Nazis gehen zum „Hugenzweg“

## Das Hitlers Kampf geht weiter

War es nicht, als sei „eine Wölfe“ entparrungen, mitten in kalter Winternacht, als sich am Mittwoch plötzlich Mögehaben Sitters zu Hugenzwegs begab? Ja, Sitters, zum „Hugenzweg!“ Wie die drei Weiten aus dem Morgenland, so kamen die Woten des großen Hof. Immer kamen sie nicht nach biblischer Art, mit Wurzeln, Weizen und Gold. Nein, Sitters wollte bei dem Versuch etwas verdienen. Nicht mehr und nicht weniger, soll die Anbetung des Hugenzwegs einbringen, als die Naziherrschaft in Preußen. Mit der „schwarzen Pest“ allein konnte Breußen bisher von den Nazis nicht erobert werden. Jetzt soll der Hugenzweg die Hilfreichkeit leisten.

Wahrlich, Hugenberg ist großes Heil durch Hitler wiederfahren und es könnte dem brauen SZ-Wann wie eine Mär klingen und was ein jüdischer Dreh, hätten sich die Nazis nicht schon längst bei dem Versuch etwas verdienen. Nicht mehr und nicht weniger, soll die Anbetung des Hugenzwegs einbringen, als die Naziherrschaft in Preußen. Mit der „schwarzen Pest“ allein konnte Breußen bisher von den Nazis nicht erobert werden. Jetzt soll der Hugenzweg die Hilfreichkeit leisten.

wegen Bergehens gegen die Notverordnung vom 14. Juni, verurteilt durch Aufreißung zu Gewalttätigkeiten, ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Probst hat in dem Strafbefehl, „Der Sonntagstag“, in einem Artikel „Gustav Adolf“ die Meinung vertreten, daß man sich gegen seine politischen Gegner nötigenfalls mit der Waffe in der Hand zur Wehr setzen müsse. Auch der Landestagrat hat diese Äußerungen des Nazipfarrers als scharfste zurückgemeldet.

Hugenberg. Der Feind von gestern ist plötzlich zum Freund ertoren, weil man ihn braudt um an die Futtertrippe zu gelangen. Die Schützen sind loyaler, daß bringen die Staatskräfte des größten Landes von einem Nazijuniorminister mit Beschlag belegt werden muß.

Was verhandelte der Nazipfarrer des Preußischen Landtags, Ketzler, am Mittwoch im Auftrag Sitters mit Hugenzwegs Vertrauten in Brauen. Was im einzelnen geknabert wurde, weiß Keiner, „berauscht“ erklärt und hoch liegt es auf der Hand. Was man so kann sein wie ein Nazi, um es nicht zu erfassen: Verhandelt wurde darüber, wie die Voraussetzungen der Reichsregierung zur Aufhebung des Reichsministeriums erfüllt werden können.

Diese Voraussetzungen bestehen darin, daß das Reich die Entsendung eines preußischen Ministers als Abgeordneten in das Reichstagsamt verlangt, um auf diese Weise eine gewisse Kontinuität zwischen der Reichs- und Preußenpolitik herbeizuführen.

Bereit ist der neue Handel noch nicht beendet. Das Zentrum sieht ihm abwartend gegenüber. Wahrscheinlich wird es vorläufig noch von seinem negativen Ausgang überzeugt ist. Nicht wegen der Nazis, sondern wegen der Deutschnationalen, von denen man annimmt, daß sie nicht ohne weiteres geneigt sind, die „Lüdenbürger“ der Nazis zu spielen. Daß Hitler nach allem Vorangegangenen überhaupt einen Versuch dazu gemacht hat, das zeigt, daß dieser Mann und seine Partei zu allem fähig ist, daß sie keine Grundzüge und keinen Charakter kennen.

# Gregor Straßer eingestampft

## Ein großer Betriebsunfall im Hler-Reich

Eigener Bericht

München, 14. Dezember.

Die für den 17. Dezember vorbereitete Nr. 51 des „Münchener Beobachters“ hat einen schweren Betriebsunfall erlitten. Unter der Überschrift: „Männer und Charakter“ hatte der als Chefredakteur wirkende Hermann Hler auf fünf Seiten eine widerliche Vermählung Gregor Straßers geschrieben und sie mit Tugenden von Widern geschmückt, die nach dem Schema „Hitler, wie ich feiner kenne“ den „Hünen im Braunhemd“ in allen Lebenslagen zeigt. Im Text wird Straßer als der populärste Belagmann Hitlers geschildert, der eine der wertvollsten und für die Gesamtabhaltung der Bewegung auslagerebedürftigen schäpferischen Gestalten des Nationalsozialismus ist. Dieser Hymnus war bereits in der Gesamtauflage des „Mün-

chener Beobachters“ Hg und fertiggedruckt, als der große Kraz zwischen Straßer und Hitler passierte und der Reichsorganisationsleiter in Dauerurlaub geschickt wurde. Mit einem Schlag war nun auch die strafende Selbstzensur Straßers für den „Münchener Beobachter“ erledigt. Auf allerhöchsten Befehl dürfen die Beter keine Zeile mehr über ihn erfahren. Zu diesem Zwecke wurde die Gesamtauflage der Nr. 51 — rund 80 000 Exemplare — eingestampft und in überzürter Eile eine strohroterer Ersatznummer hergestellt.

In dem Text des Nazi-Blattes hieß es über Gregor Straßer nach der Wiederegabe durch die „Münchener Post“ u. a.: „Wir kennen ihn alle, den Hünen im Braun-

hemd, diesen menschengeborenen Ecksbaum in den Gemühterminen der politischen Kämpfe. Gregor Straßer, dieser Herr des Bajunars, würdig an Gestalt, Charakter und Geist: einer der populärsten unter Hitlers Gelagsgenossen, demgegenüber selbst der geschäftliche Umgang keinen Respekt nicht zu unterbreiten vermag. In diesem Stil ging es weiter: Das ist die Befonderheit bei Gregor Straßer: die ermutigend wirkende Wirkung... Kernerlebnisse Ein... Naturkräfte Wesen, das in seiner ganzen Urtatheit dafür zu bürgen steht, daß es einmal als Recht Erkenntnis auch vertriebt wird. Es ist nicht nur sein Wirtschaftsleben, das ihn in manchem Grundüblichen geradezu mit den führenden Gestalten der alten Bauernvereine verbindet, auch die Kunst seiner edelverzierten Persönlichkeiten. Großmächtig, Mannhaftigkeit und Treue, das sind die Grundzüge seiner Befonderheit... Bei dieser Voraussetzungen mußte Gregor Straßer mit einer der wertvollsten und für die Gesamtabhaltung der Bewegung auslagerebedürftigen schäpferischen Gestalten des Nationalsozialismus verbunden.



### Die Zahlen füllen . . .

Kreisch war ich Jense eines Gefährdes in der Straßenbahn. Wie immer, ging es um die höchsten Zahlen. Da jagte einer der Akzeptanten: **Die Zahlen füllen alle ihre Zahlen!** In dem er mit diesem Ausdruck die neue Regierung meinte, hatte er mindestens im ersten Teil durchaus Recht. Insofern ist diese Meinungsaussage ein beständiger Beweis dafür, daß sich in der Bevölkerung die Überzeugung durchzusetzen beginnt, daß die Folgeerscheinungen der Weimarer Republik ohne von keiner Partei, von keiner Richtung so gemindert werden können, daß von heute auf morgen eine Besserung herbeigeführt wird.

Doch! Bedenklich ist allerdings der große Teil des Auspruchs. Daraus spricht eine geradezu erschreckende Falschheit und gleichzeitig ein Mißtrauen gegen fast alles, was „oben“ ist. Solche Leute können sich einfach nicht vorstellen, daß ein Minister sein Amt verläßt, wenn es eine angenehme Gelegenheit zu persönlicher Bereicherung bietet. Das ist ein Mißtrauen der hundertprozentigen kommunistischen und nationalsozialistischen Bevölkerung gegenüber den früheren, von Sozialdemokraten geführten Regierungen. Dabei lehren die Zahlen, daß gerade auf diese republikanisch-sozialdemokratischen Regierungen und Minister solche Schicksalsschwünge in seiner Weile zutrifften. Wohl aber gibt es Beispiele genug, wo es gut bürgerliche und „nationale“, insbesondere auch nationalsozialistische Minister und Staatsfunktionäre waren, die in erster Linie an die Sicherung eigener Ansprüche, namentlich hinsichtlich der Pensionierung, gedacht haben. Wenn diese oben zum Ausdruck kommende bedenkliche Auffassung von dem Charakter unserer Staatsmänner lebt, bevorzugen wir und man auch nicht vor der „proletarischen“ Staatsführung halt macht, so muß man sich bei den genannten noblen Parteien bedanken, deren „Klassen“ feindschaft gegen die sozialdemokratischen Staatsmänner auch nur angedeutet guten Bürger „hür zu oft befallig begrüßt und mitgegrüßt wurde.

Befremdlich sei aber in diesem Zusammenhang wieder einmal, daß es bisher immer gerade sozialdemokratische Kritiker in den Parteien waren, die eine Verdrängung hoher Gehälter und Pensionen forderten und daß es sozialdemokratische Funktionäre waren, die sich mit weniger begnügten als im allgemeinen üblich war. Man vergleiche nur den Gehaltsvermerk des früheren Reichsministers Herr v. Hindenburg oder den des Reichsministers Herr v. Brüning, die in ihrer Höhe und in ihrer Art eine einfache Rechnung zeigen.

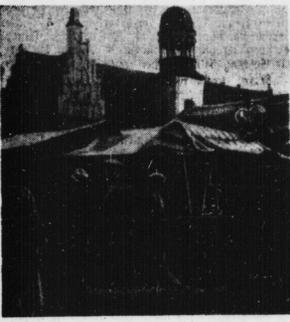
## Weihnachtsmärkte in früherer Zeit

### Eine Betrachtung zum Beginn des halbjährigen Weihnachtsmarktes

Es ist alte halbjährige Tradition, daß zehn Tage vor „Heiligabend“ der Weihnachtsmarkt eröffnet wird. Der Wochenmarkt ist für diese Zeit abgemeldet und die Händler und Händlerinnen müssen sehen, wie und wo sie auf dem Weihnachtsmarkt einziehen in den Untertanen finden.

Auf dem Markt wurde in diesen Tagen die Bodenarbeit wieder eröffnet. Woher dem äußeren Bilde noch der wahren Bedeutung nach unterschied sich der Weihnachtsmarkt von anderen Jahrmärkten. Ist der Johannismarkt, so betrachtet das Publikum den Christmarkt mehr oder weniger als Station für den Durchgangsverkehr zwischen den Straßen und Straße Marktstraße. Das Hauptinteresse gilt dabei den warmen Wärmern, dann erst kommen die anderen Güter des Lebens, die man dort erleben kann.

In früheren Zeiten hatte der Weihnachtsmarkt eine ganz andere Bedeutung. Der alte Christmarkt, von dem wir wissen, ist der Räteberg. Die Chronik Wagenjells (1697) berichtet von ihm eingehend: „Einige Tage vor dem Fest“, heißt es da, „zweigt auf dem Markt Weihnachtsmarkt abgehalten, der der Kleinmarkt oder genauer der Christkindelmarkt gewöhnlich genannt wird. Da ist fast der ganze Platz voller Fußgänger, die für diese Zeit aufgebracht sind, und in denen aller Art Waren, die zum Nutzen und zur Erziehung der Kinder, ja auch der Erwachsenen von Herzen erbeten und von der Pfanzelle ausgehoben wurden, zum Verkauf ausgelegt sind. Um sich diesen Markt zu schauen, sitzen aus den benachbarten Städten nicht nur die Leute niederen Standes, sondern bisweilen auch fürstliche Per-



sonen dort zusammen. Die kleinen Kinder von Nürnberg sind überzeugt, daß Christkindel hier die Sachen sind, die es nachher am Weihnachtsabend unter sie verteilen sollte.“ Bedeutet man, daß Nürnberg schon damals der Mittelpunkt der Spielzeugindustrie war — hier wurde der Nürnberger „Zand“ (der 3 L aus dem Erbsengarten) verhandelt —, so kann man sich vorstellen, welchen Glanz dieser Markt erwarde.

Neben diesem Markt war auch der Berliner Weihnachtsmarkt berühmt. Sein lustiges Treiben auf dem Schloßplatz im Jahre 1789 in der Berliner privilegierten Zeitung geschildert. König Friedrich Wilhelm I. fahrte hier gern ein, und die Kaufleute der anliegenden Straßen pflegten ihre Läden und die Straßen ganz besonders durch Lichter zu erleuchten — In einem feiner lebendigen und künstlich gelungener Bilder hat Menzel den „Weihnachtsmarkt auf dem Schloßplatz“ dargestellt.

In diesen Weihnachtsmärkten einen besondern Anziehung zu finden, wurden die Verkaufsstellen oft in den Vorhallen der Kirchen errichtet, auch die Kreuzgänge der Kirchen wurden dazu herangezogen.

Goethe erwähnt in einem Brief an Kestner den Frankfurter Weihnachtsmarkt von 1772: „Als ich gestern über den Markt ging und die vielen Lichter und Spielereien sah, dachte ich an Euch und meine Schwäger, wie Ihr ihnen kommen würdet, diesen Augenblick ein himmlisches Wort . . .“

Hier pflegten die Studenten viel Umgang zu treiben, indem sie z. B. den „Frauenzimmern“ auf kleinen Holztrömpeln ins Ohr bliesen. Das nannten sie „Kommer“.

In Dresden feierte man den „Striechmarkt“, in Oestrich den Akerheiligenmarkt, der im Anfange der Aufklärung auch Tage lang noch heute gehalten wird.

Die Weihnachtsmärkte der verschiedenen Städte hatten ihre besonderen örtlichen Lieberkämpfer. Berlin war berühmt durch seine „Marren“ und „Waldweiser“, auch durch seine „Schäffchen“, die „Jorn Froschen“ ausgeboten wurden. Dresden hatte seine „Feuerzettel“, kleine Figuren aus Wachs. Diese Figuren stellten entweder den Knecht Ruprecht oder einen Eselreiter dar.

Die Glanzzeit des Berliner Weihnachtsmarktes waren die ersten fünf Jahrzehnte des vergangenen Jahrhunderts. Ludwig Tied und Glasbrenner haben diese Märkte geschildert. Und Felix Philipp erzählt: „Ich habe auf weiten Reisen, die mich durch Italien und Frankreich, durch Deutschland und Griechenland führten, zahlreiche Stoffe gesehen, aber etwas Ebenbürtigeres, Heimischeres, echt Volkstümlicheres als den Berliner Weihnachtsmarkt habe ich trotz der Unvergleichlichkeit des nördlichen Klimas und trotz aller Grämlichkeit des Himmels nie wieder gefunden. Die letzten 14 Tage vor dem Fest, namentlich nachmittags nach Schluß, drängte und drängte sich, hoch sich und stutete durch diesen riesigen Weihnachtsmarkt eine unerschöpfliche, erwartungsvolle, launische Menge. In dieser Menschenfülle konnte man wunderbar in Straßen eingeleitet, konnte man sich leicht verirren, sie umfing den ganzen Schloßplatz und auf der anderen Seite . . . den Lustgarten . . . Große Dellmann ergossen ihr köstlich-schaumreiches Licht über all die Verdrängten, die da, kein faublerisch ausgeteilt, alt und jung, reich und arm, hoch und niedrig in Entzücken verdrängten.“

### Kollektion gegen Kommunisten

#### Die Organisationsstelle des verbottenen Preisverdrängers anberühmt

Der heutige Volksbeirat meldet: Auch eingehender Beobachtung wurde festgestellt, daß am 14. Dezember im Grundstück Mansfelder Straße 54 die Liebeskasse des Organisationsmaterials der Volkshilfe mit Bekleidungsgegenständen, kostspieligen Waren, zu dieser Liebeskasse, konnte man sich leicht verirren, sie umfing den ganzen Schloßplatz und auf der anderen Seite . . . den Lustgarten . . . Große Dellmann ergossen ihr köstlich-schaumreiches Licht über all die Verdrängten, die da, kein faublerisch ausgeteilt, alt und jung, reich und arm, hoch und niedrig in Entzücken verdrängten.“

### Die Einigungsbedingungen im Streit beim halbjährigen Preisverdränger

#### Ein neue Wendung

Die Arbeiter haben den Schlichtungsausschuß Halle um ein Schlichtungsverfahren ersucht. Der Vorsitzende des halbjährigen Schlichtungsausschusses, Prof. Jürgens, hat die Parteien, den Arbeitgeberverband des Holzgewerbes und den Deutschen Holzarbeiterverband, am Sonnabend, den 17. Dezember, geladen.

### Wie sie sich wichtig tun!

Am 6. Juli, als im „Volkspost“ der Genosse Böbe sprach, hatte eine EM-Gruppe den Versuch unternommen, die Vertiefung des sozialistischen Kampfes, die Vertiefung des sozialistischen Kampfes, ein und trieben sie aus dem Land. Natürlich wurde mit dem Braunkohlenfeld nicht lange geduldet, ein Kriegsprang auf der Straße in einen Kampfplatz hinunter und verhandelt sich die Daren. Es wird bemerkt, daß die „Beurteilung“ der SPD ein Strafverfahren gegen die Polizeibeamten aufzuheben bringen. Das Nachrichtenblatt teilt mit, daß gegen vier Beamte Voruntersuchung beantragt worden sei.

Was wird da schon herauskommen! Jeder vernünftige Mensch muß ja einsehen, daß die Nazis ihre Prinzipien zu Recht besagen haben.

30 Prozent bei Durchbruch u. Weiter. Die Firma Burghard u. Partner, die einen gerichtlichen Vergleich anstrebt, unterbreitete ihren Gegnern einen Vergleichsvorschlag auf der Basis von 30 Prozent. Der Vergleichsvorschlag fand die Zustimmung der Arbeiter der Fabrik und wurde vom Gericht bestätigt.

### SPD, Ortsverein Halle

6. Ortsbeirat. Am Donnerstag, dem 15. Dezember, abends 8 Uhr im Hotel „Lammerhäuser“, Straßburger, 17. Dezember, die anwesenden Mitglieder des Ortsvereins und vollständiges Erscheinen ist Pflicht.

### Tagung des Provinzialrätslichen Landgemeindevorandes

Fraktionsbesprechung der SPD-Teilnehmer. Sonnabend, den 17. Dezember, findet in Magdeburg eine Kreisbesprechung des Provinzialrätslichen Landgemeindevorandes statt. Am eine einheitliche Stellungnahme der sozialdemokratischen Teilnehmer auf dieser Tagung zu erzielen, soll die Tagung in einer Fraktionsbesprechung der SPD-Teilnehmer, die am Donnerstag, mittags 12 Uhr, im Hotel „Freundenschaft“ in Magdeburg, Braintstraße 32, stattfinden, betreten werden. Wir bitten alle Genossen und Genossinnen, die zur Tagung des Landgemeindevorandes nach Magdeburg fahren, unbedingt an der Fraktionsbesprechung teilzunehmen. Bezirksleiter der SPD, Halle.

### Abolf Adelt keine Getreuen

#### Auch in Halle sammeln er „Freierklärungen“.

Aus dem Nachrichtenblatt erfahren wir, daß nächsten Sonnabend die Nazis im „Stadthaus“ einen „Kampfpakt“ abgeben wollen, zu dem auch Ober-Obst als Mitglied persönlich kommen. Da diesem die Stellungnahme viel schärfere gehalten als beim letzten Male — was seine guten Gründe hat. Zwar ist Adelt das letztemal ein heilloser Schwärmer in die Oberer geworfen, als ein proletarischer Halle ihm den unentgeltlichen Empfang bereite, aber bei dem Braunkohlelager Bestätigung geht wohl die Öffentlichkeit immer noch über die Angst, und er selbst dürfte nicht veranlaßt haben, daß seine Veranlassung zu wenig Beachtung gefunden werden soll.

Dafür scheinen uns andere Gründe nahegelegen zu sein, nämlich die, daß auch im Gau Halle-Weißeritz das Ansehen des ewigen Schwärmers Adelt sehr gelitten ist. Auf kein Vernehmen liegen selbst höchste Beamten-Adelstäger seinen Wert, denn die Veranlassung war schon einmal verhöben worden, und zwar sehr Tage, bevor Straßers und Feders Abgang erfolgte! Die Genossen wählten also ganz genau, daß der Schloß gegen Adelt hier erfolgen würde. Nun wird man am Sonnabend wohl Adelt die „unbegrenzte Treue“ seiner Amtswalter im Geheiß Adelt erklären, und Adelt wird die übliche großmütige Rede reden. Er hat ja nämlich erst erklärt, er könne 48 Stunden nach Marktübernahme eine „unmittelbare Lösung der Wirtschaftsnote und des Waldenlandes“ herbeiführen, aber er ist jetzt so bedächtig, daß er das Geheimnis nicht verraten kann. Darauf wird hinterher geklagt werden!

Schade ist nur, daß der Draj nicht wieder ein — jedermann zugängliche — Blatt sein, sondern hinter die dichtgeschlossenen Türen des „Stadthaus“ ein gebührendes Empfang nicht im Sicht.

### Der Lohnkampf im Holzgewerbe

#### Ein neue Wendung

Die Arbeiter haben den Schlichtungsausschuß Halle um ein Schlichtungsverfahren ersucht. Der Vorsitzende des halbjährigen Schlichtungsausschusses, Prof. Jürgens, hat die Parteien, den Arbeitgeberverband des Holzgewerbes und den Deutschen Holzarbeiterverband, am Sonnabend, den 17. Dezember, geladen.

### Die Einigungsbedingungen im Streit beim halbjährigen Preisverdränger

#### Ein neue Wendung

Die Arbeiter haben den Schlichtungsausschuß Halle um ein Schlichtungsverfahren ersucht. Der Vorsitzende des halbjährigen Schlichtungsausschusses, Prof. Jürgens, hat die Parteien, den Arbeitgeberverband des Holzgewerbes und den Deutschen Holzarbeiterverband, am Sonnabend, den 17. Dezember, geladen.

### Wie sie sich wichtig tun!

Am 6. Juli, als im „Volkspost“ der Genosse Böbe sprach, hatte eine EM-Gruppe den Versuch unternommen, die Vertiefung des sozialistischen Kampfes, die Vertiefung des sozialistischen Kampfes, ein und trieben sie aus dem Land. Natürlich wurde mit dem Braunkohlenfeld nicht lange geduldet, ein Kriegsprang auf der Straße in einen Kampfplatz hinunter und verhandelt sich die Daren. Es wird bemerkt, daß die „Beurteilung“ der SPD ein Strafverfahren gegen die Polizeibeamten aufzuheben bringen. Das Nachrichtenblatt teilt mit, daß gegen vier Beamte Voruntersuchung beantragt worden sei.

### Was wird da schon herauskommen!

Jeder vernünftige Mensch muß ja einsehen, daß die Nazis ihre Prinzipien zu Recht besagen haben.

30 Prozent bei Durchbruch u. Weiter. Die Firma Burghard u. Partner, die einen gerichtlichen Vergleich anstrebt, unterbreitete ihren Gegnern einen Vergleichsvorschlag auf der Basis von 30 Prozent. Der Vergleichsvorschlag fand die Zustimmung der Arbeiter der Fabrik und wurde vom Gericht bestätigt.

## Wohnt Solidarität und Disziplin!

### Volksblattleser, macht Eure Weihnachtseinkäufe nur bei unseren Inserenten

Wohl in keinem Zweige der deutschen Presse ist die Verbundenheit der Leserschaft mit ihrer Zeitung so eng, wie in den fast 200 sozialdemokratischen Zeitungen. Das ist ja auch ganz verständlich. Möglich wurden einst Größen zum Großen gekannt, um die Ausgabe eines Volksblattes zu ermöglichen. Durch Opferinn und Tatkraft der Genossen wurde das Blatt in jahrzehntelanger Arbeit aus kleinen Anfängen zu Größe und Ansehen geführt. Die Leserschaft weichte sich weit über die Grenzen der Mitglieder und Wähler der Partei hinaus. Und wenn heute die nahezu 200 sozialdemokratischen Zeitungen einen außerordentlichen Faktor in Wirtschaftslagen einnehmen, und wenn die sozialdemokratische Presse bestell in ihrer Inkarnation auf die besten Käufermassen heute allgemein als außerordentlich wertvolles Hilfsmittel der Wirtschaft angesehen wird, so hat sie es einzig und allein der Solidarität zwischen der Leserschaft und der Zeitung zu verdanken.

Die Leser sozialdemokratischer Zeitungen haben natürlicherweise in einem Vertrauensverhältnis zu ihrer Zeitung und die Zeitung vertraut andererseits auf ihre Leser — das ergibt sich von selbst aus der oben geschilderten Entstehungsgeschichte der sozialdemokratischen Presse. Die Leserschaft sozialdemokratischer Zeitungen weiß deshalb

auch, daß die sozialdemokratische Presse, die der Erfüllung dient und an der keine Einzelperson Profit macht, mit dem Interesse rechnen muß, weil sie sonst nicht konkurrenzfähig sein könnte. Sie hält es deshalb für ganz selbstverständlich, nur in den Gesellschaften zu kaufen, die in ihrem Blatt inserieren. Sie weiß, daß die Solidarität die stärkste Waffe der Arbeiterchaft vor jeder gemein ist.

Zur Solidarität kommt die Disziplin. Gerade die Wahlen dieses Jahres haben gezeigt, welcher eisernen Disziplin die sozialdemokratische Arbeiterchaft fähig ist. An dieser Disziplin hängen sich ein Filer und ein Papen den Kopf ein. Solidarität und Disziplin müssen sich aber auch im Kleinen bewähren.

Besondere Umstände veranlassen das „Volksblatt“, diese selbstverständlichen und auch allgemein anerkannten Pflichten der Leserschaft gegenüber ihrem Blatt besonders herauszuföhren. Die Gesellschaft, die bewegt das „Volksblatt“ beim Inserieren zu werden, brüskieren damit beweist die Arbeiterchaft, die 17.000 sozialdemokratischen Wähler in Halle nicht ihren Angehörigen und die 120.000 Wähler im Verdrängungsbezirk. Deshalb ergeht nochmals der Ruf:

Leser unseres Blattes! Kauft nur bei unseren Inserenten!



Merseburg

(Hauptredaktion: Leipzig Nr. 293)

Sitzung des Provinzialausschusses

Der Provinzialausschuss, der am 14. Dezember in Merseburg tagte, beriet u. a. über die Verteilung des Weges ab 1.1.1932...

Im Januar werden die Beratungen über den Gesundheitsplan voranschreiten...

Theaterverein Merseburg e.B.

Das nächste Weihnachtsmärchen mit Gesang, Spiel und Tanz 'Noch's Erdenkinder' bringen wir für Mitglieder und Nichtmitglieder...

Schluss mit den Lohnkürzungen im Bau-gewerbe

Das Bauergewerbe streift heute gar zu gern mit den Bauverordnungen noch weiter an die Grenzen der Bauarbeiterherauslösung...

Ein Arbeitslocher bestehlen

Ein Arbeiter in einer Nacht in betageneren Wache wurden dem Arbeiter A. M., wohnhaft in der hiesigen gemeindefreien Erdoelung...

Schlechte 312 M. gestohlen. Am Sonntagmorgen um die letzte Stunde wollte ein hiesiger Mühlbesitzer...

Genossen! Werkt für Euer Blatt!

Ämtliche Bekanntmachungen der Stadt Merseburg

Nr. 40 Donnerstag, den 15. Dezember 1932

Kündigung. Auf Grund des § 5 des Mißgesetzes vom 31. Juli 1930 - RMBl. S. 421 - und des § 6 der Reichslichen Verordnung zur Durchführung...

1. Als Vollständig darf nur Rücksicht an den Verkaufer abgegeben werden, die einen Nettogehalt von mindestens 2/3 Prozent hat.

2. Die Kündigung tritt mit ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Merseburg, den 17. November 1932. Der Regierungsrath. S. B. G. Corneli.

Beröffentlichung: Merseburg, den 10. Dezember 1932. Der Oberbürgermeister als Ortsvorsteher.

Nr. 29/36

Was wird aus der Dürrenberger Siedlung?

Der Versteigerungstermin bis zum Frühjahr vertagt

In den Opfern der großen Krise geht auch die Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft Sandtreis Merseburg. Sie ist im Laufe dieses Jahres in Konkurs gegangen.

Damals hatte das Bauwerk eine Versteigerung von 25 000 Mann.

Kein Mensch dachte in dieser Zeit daran, daß die Versteigerung so rasche Verminderung bis auf jetzt etwas über 8000 Mann erfahren würde.

Wieder aus Leipzig zu gewinnen.

Als aber die Krise immer mehr anwuchs, konnte auch das allein nicht mehr helfen, weil eben immer mehr Siedlungsbewohner arbeitslos wurden...

Daß diese von keinem Menschen voranzuführenden Kriensituationen, liegt endlich daran, daß sich auch die Gildesellschaft beim Bau unglücklich getatet hatte...

Die einzige Hoffnung, das an sich schöne und der Volksgemeinschaft dienende Unternehmen vor dem drohenden Übergang in Privatband und damit der Abgabe zu retten.

Es ist, nachdem die Zwangsversteigerung vorläufig nicht zustande gekommen ist, Zeit zu gewinnen. Vielleicht finden sich doch noch Mittel und Wege...

Kreis Querfurt

Buch-Ausstellung in der Schule

Obstbau. Auf Anregung der Elternschaft wurde unter Leitung des Lehrers Basse in der Schule eine Ausstellung guter Bücher durchgeführt.

Das Landvolk steht für Sozialdemokratie

Obstbau. Am vergangenen Freitag fand im Gemeindefest eine erweiterte Mitglieder-Versammlung der SPD statt.

Referent behandelte besonders den Aufgaben der SPD, um die Bildung der Regierung. Als der Referent die gegenwärtigen Reichsverhältnisse schildert...

Wetleben a. U.

Die Sozialdemokratische Partei hatte am Sonntag ihre Anhänger zu einer Zusammenkunft nach dem Gemeindefest eingeladen.

13 Genossen traten sofort der Partei bei.

Erfreulich dabei war, daß 13 Genossen davon freigezwungen organisiert waren. Nachdem eine formale Beitrittserklärung...

Wetleben. Ein Unfall, der leicht schlimmere Folgen nach sich ziehen konnte, wurde bei gestern durch ein unbedeutendes Unglück verhindert.

Saalkreis

Schweres Autounfall

Beiersee. Am Dienstagabend ereignete sich auf dem Beiersee Berg ein schweres Autounfall. Der Rentnerwagen des Autolohnverleihs...

Aufgelöstes Gemeindeparlament

Die hiesig aufgelöste Gemeinde-Parlamentierung, das Signal, Nummer drauf auf die Sozialdemokraten. Nach Erteilung einiger Lohnsätze...

40 Personen mehr amnest sein als Parteien

Dies war für die 'Berliner' für Bürgerliche und Kommunisten. Nach Erteilung einiger Lohnsätze...

Kreis Delitzsch

Delitzsch (Stadt)

Rogel durch die Hand geschlagen

Ein junger Eisenarbeiter verfuhr vorgestern ein besonderes Unfälle, indem er einen Rogel mit der Hand durch ein Brett geschlagen wollte...

Hierjährige Lebensretter

Ein junger Eisenarbeiter wollte der 34-jährige Sohn des Gutsinspektors Starke von hier auf dem Gutshaus, welcher ziemlich tief ist...

Eilenburg

Schwindel über Reichsbanner

Belden ganz besonders An (sich) in der Redaktion der 'Eilenburger Neuesten Nachrichten' zu lesen. Am 24. November 1932 brachte dieses Blatt unter der Überschrift 'Jugendbrenn'...





**Auch in diesem Jahre gebe ich über  
28 000 Lebkuchen-Pakete**

Dieses Lebkuchenpaket, enthaltend 4 Schokoladenlebkuchen in Glashaupackung, erhält jeder Kunde, der in der Zeit vom Donnerstag, dem 15. bis Montag den 19. Dezember 1932, im Werte von 1,- RM. einkauft.

Auf Wunsch zahle ich den Gegenwert 10 Pfg. in bar. Nutzen auch Sie diese günstige Einkaufs-Gelogenheit! Sie finden in meinen Verkaufsstellen eine Riesenauswahl der bekannt billigen und qualitativ guten Weihnachtschokoladen und Süßigkeiten. Verpassen Sie nicht die überall beliebten

**Flemming Honig- und Lebkuchen**

Zucker ist vom Zugabe-Angebot ausgeschlossen.

*Imr Zinkbäcker*  
Otto Flemming

Leipziger Straße 61/62, Merseburger Straße 103  
Ammendorf, Regensburger Straße 5

Stuttg. und Reg. Lebensmittel

**Seefische**



- Seselsch ohne Kopf . . . 25,-

Besondere Tiefenauswahl in Oelsardinen und Fischdelikatessen

Echte Sprotten . . . Stk. 25,-

Wollmaisch-Aale

Backfisch

Zum Backen

Gute Molkerei-Butter

Margarine-Qualitäten

Butter Großhandlung Hammonia

Verkaufsstellen: Halle

Größe Ulrichstraße 47. - Steilweg 11.



**Die Butter macht den Kuchen**

für den Stollen ist sie besonders wichtig, sie muß ergiebig, duftig, feinschmeckend sein, Was sie auch nach eigener Vorliebe verwenden

**Butter oder andere Fettwaren**

- kaufen Sie am besten und billigsten
- z. B. feine Molkereibutter . . . Pfd. 124
- reine Schmelzbutte . . . 150
- extrafeines Rinderfett . . . 50
- frische Eier . . . Stk. 7

**Butter-Krause**

**Nähmaschinen**  
zu besonders günstigen Preisen auch in Zahlungseinführung:  
Deutsche Nähmaschinen-Vertr. A.-G.  
Leipz. Str. Ecke Preußerring 1

**Fitzek**  
Spezial-Quart für Herren- u. Damen-  
Schulbildung, Berufs- und Sport-  
Leistung, Herren- u. Damen-  
Kleidung, Herren- u. Damen-  
Hosen- u. Stoffe 4740

**Wer bei Fitzek kauft, spart Geld!**  
Führend in Preis und Qualität ist die  
**Germania-Drogerie**  
Arthur Grabe  
FORGAU, Paradeplatz 14  
Lebensmittel, Drogen und Farben

**Die Feste halten! Denken Sie bitte an Ihr Klavier.**  
Wir stimmen garantiert fachgemäß Ihr Instrument zu solid Preisen  
**Provinzial-Blindenanstalt**  
Halle a. S., Fernspr. 4171, -1240

**MUSIKALIEN**  
bei Arno Rammler  
Barfüßerstraße 12

**Pannier-Schuhwaren**  
gut und preiswert  
Torgau Markt

**Jack London**



der Held, Abenteuer und Seefahrer, erzählt spannende, gewaltige Erlebnisse zu Wasser und zu Lande in dem hochinteressanten Bilderwerk

**Zwischen Südsee und Eismeer**

137 malerische Naturaufnahmen von Land, Meer und Menschen aus der Seefahrer-Romantik unserer Tage mit 10 der besten Geschichten von Jack London  
288 Seiten mit 137 Bildern. In Leinen gebunden  
4,80 RM

Ein wirklich wundervolles Geschenkwerk, das unvergessliche Eindrücke vermittelt und bis zur letzten Zeile spannend und fesselt

**Volksblatt-Buchhandlung**  
Halle (Saale), Große Märkerstraße 6

**Schlachtfest**



Jeder Donnerstag u. Montag  
**Schlachtfest**  
E. Kryschak  
Merseburg

**Kleine Anzeigen**  
von  
Klebe  
Verkauf  
Stellenangebote  
Wohnungsangebote  
Heiratsangebote  
Tauschangebote  
Geldangebote  
haben im  
„Volksblatt“  
großen  
Erfolg!



**Nur von Vorübergehenden**

werden Ihre weihnachtlichen Schaufenster beachtet. Aber viele Tausende werden darauf, etwas von Ihnen zu hören. Viele möchten Ihre Angebote lesen und am Familientisch durchsprechen. — Die Kaufstimmung muß geweckt und erhalten werden. Schaffen Sie auch bei sich richtige Weihnachtsstimmung mit einem Werbe-Insert in unserem

**Volksblatt**

**Nur wer hier inseriert, wünscht Euch als Käufer! Daran müssen die Leser bei ihren Weihnachtseinkäufen denken.**

# Die Ursachen der Schweizer Eisenbahnkatastrophe

## Der Tod im Tunnel

Jülich, 14. Dezember.

Die Aufschlagsarbeiten auf dem Schlußabschnitt des katalanischen Eisenbahnstammenslopes im 400 Meter langen Götthard-Tunnel bei Luzern sind in vollem Gange. Von den sechs Lokomotiven, die in einem Falle noch nicht abfuhr, die Besatzung festzusetzen. Unter dem Götthard-Tunnel befindet sich auch ein Reiseposten: ein Herz Hotel aus Berlin, Reisende eines Modernenhotels. Unter den 13 Verletzten, die sämtlich ins Krankenhaus übergeführt wurden, ist eine aus Berlin-Spandau stammende 24jährige Tochterbube, die in Begleitung des Berliner Verletzten fuhr.

## Der interessante Autotransport

Die Untersuchung über die Ursache des Unglücks befaßte die ersten Feststellungen: der ums Leben gekommene Führer des von Jülich eintrifenden Schnellzuges hat sowohl ein geschlossenes Vor-, als auch ein geschlossenes Hauptfenster übersehen. Das Verlangen des Beamten ist um so merkwürdiger, als er sich schon während 41 Jahren im Dienst der Bundesbahnen bewährt hatte. Kurz vor dem

Unglück und Säge einen Weg zu bahnen. Die Identifizierung der Toten war ungewöhnlich schwer. Die Körper waren zum Teil bis zur Unkenntlichkeit verformt, die Gesichtszüge zerquetscht und zertrümmert. Am Mittwochsabend rief eine Dampflokmaschine einseits Wagen aus dem Krümel der Trümmer und des zerbrochenen Gefäßes. Über den ganzen Mittwochs über mußten die Schweißapparate in Tätigkeit bleiben. Durch das Unglück werden die Götthard-Züge über die Südbahn umgeleitet. Am Donnerstag wird der Verkehr durch den Tunnel voraussichtlich wieder aufgenommen werden.

## Die Sparrnahtnahme

Ueber der Schweiz liegt Trauerstimmung, überall ist die Anteilnahme groß. Aber der Schrecken, den die Katastrophe auslöste, läßt doch nicht die Kritik an den weiteren Unglücksursachen verstummen. Durch den Götthard-Tunnel wird fast der gesamte Bahnverkehr zwischen Luzern und der übrigen Schweiz geleitet. Der Tunnel ist zwar durchgehend zweigleisig, wird aber praktisch doch nur

eingleisig benutzt; das westliche Gleis nimmt in beiden Richtungen den gesamten Bahnverkehr der Linien Luzern—Olten—Basel und Luzern—Bern auf, während das Ostgleis von allen Zügen der Linien Luzern—Gottshard und Luzern—Zürich in beiden Richtungen befaßt wird. Der Zusammenstoß war möglich, weil sowohl der Jülicher als auch der Götthard-Zug in beiden Richtungen über das Ostgleis geleitet werden.

Außerdem zeigt sich die oft kritisierte Verkehrsverflechtung in der Ausfahrt des Luzerner Hauptbahnhofs darin, daß dort fünf große Linien überhaupt nur auf zwei Gleisen ein- und ausfahren. Einmalig findet sich in der Schweizer Öffentlichkeit oft geübte Kritik am „Einmannsystem“ durch die Götthard-Tunnelkatastrophe, die letzte große seit dem Bellinzona-Unglück im Jahre 1924, ihre Bestätigung. Man glaubt, daß sich das Unglück nicht ereignet hätte, wenn der Lokomotivführer des Schnellzuges mit zwei Führern besetzt gewesen wäre. Das „Einmannsystem“ wurde erst vor einigen Jahren trotz des Protestes der Gewerkschaften als Sparrnahtnahme eingeführt.

## „House of Lords“

Englands „erste Kammer“ in der Kritik der sozialistischen Arbeiterbewegung

### Eigener Bericht

Im Kampfe gegen die Demokratie ist in allen Ländern eines der beliebtesten Instrumente die „erste Kammer“. Die Reaktion wütet fort gegen die Verfassungsänderung und Unzulänglichkeit, die angeblich durch eine demokratische Volksvertretung in die Staatsgeschäfte hineingebracht wird. Aber eine zweite Instanz, die in den Gang der Gesetzgebung eingeschaltet wird, ist nicht zum Übermaß, solange diese Instanz dem Fortschritt ein Hemmnis bietet. Das ist, auf die einfachste Formel gebracht, die Funktion der „ersten“ Kammer, wo sie auch besteht.

Das britische Oberhaus, das „House of Lords“, übte neben dieser Funktion auch andere aus. Dieses Herrenhaus dient der Wahrung der Verfassung, der Erhaltung aller gesellschaftlichen, kulturellen und sozialen Traditionen, die den britischen Konstitutionalismus verkörpern. Die Klassenrichtung der britischen Gesellschaft offenbart sich hier in Potenzen. Die britische Arbeiterbewegung hat sich bisher nicht allzu sehr um diese Institution gekümmert. Sie hat sich um unmittelbare Fragen der Organisation und des politischen und ökonomischen Tageskampfes bemüht, im Bewußtsein, daß kein Oberhaus ihr würde standhalten können, wenn es erst um Regierungsfragen und nicht nur wie bisher um Regierungsorganisation und ausschlaggebende Unterfertigung ginge. Dieses Bewußtsein hat sie auch jetzt nicht verlassen. Es war dem Arbeiterabgeordneten Morgan Jones nicht möglich, in einer Debatte im Unterhaus am 30. November die Frage des Herrenhauses anders als notwendig zu behandeln. Zur eine Herausforderung von konventioneller Seite antwortete er: „Die Arbeiterpartei hat sehr wenig Interesse an dieser Frage.“

Der Fragenkomplex „Verfassungsreform und Oberhausproblem“ ist aber für die Reaktion in Großbritannien nicht weniger typisch als für die in anderen Ländern. Die Arbeiterbewegung ist zwar zu sehr im Volksgangeneren verankert, als daß man in menschenwürdigen Ausmaßen das dem erblichen Oberhaus zu operieren magt. Das ist von allen Seiten erkannt worden gegenüber den Verordnungen auf Reform des House of Lords, von denen es in diesem Herbst in Großbritannien wimmelt.

Aber die Wichtigkeit der Vorläge bedeutet hier wie anderswo, daß die Reaktion „nationaler“ als je vor dem Anknüpfen der demokratischen Kräfte besteht. Sie versucht ihnen die künstliche Welle Kraft zu machen, indem sie eine Senkung einschaltet. Die Durchschlagskraft der unmittelbaren Volksvertretung in der Verwaltung der Staatsgeschäfte soll gebrochen werden, was dem Konstitutionalismus nur dienlich sein kann. Lord Salisbury erklärte in einer Rede am 7. Dezember:

„Da zu erwartende Arbeiterregierung wird sich von einer Minderheit im Parlament gar nichts gefallen lassen. Vor allem wird sie die Geschäftsordnung durchgreifend ändern, um ihre Pläne durchzuführen. Weit davon entfernt, daß eine erste Kammer weniger notwendig sein wird, wird sie viel notwendiger sein.“

Stun ist die Reaktion in ihrer Hoffnung enttäuscht worden, daß die „nationalen“ Regierung schon in dieser Session einen zweideutigen Reformvorstoß einbringen würde. Eine Reform, die das Oberhaus vor der nächsten Arbeiterregierung etwas sicherer stellt, ist aber nicht die Wege geteilt worden. Aber die öffentliche Meinung wird inzwischen vorbereitet.

Die Arbeiterpartei reagiert auf all das mit Gelassenheit. Ihre Vertreter geben pünktlich Antwort auf die verschiedenen Vorläge, ohne zu verhehlen, daß ihnen mehr an der Hebung des House of Lords als an seiner „Reform“ liegt. Der „Daily Herald“ mit einer täglichen Auflage von jetzt über 1.600.000 sorgt für genügend Publizität.

Am interessantesten ist aber das Verhalten der Labour League in der Oberhaus Debatte. Sie haben am 9. November erklärt, sich nicht mehr an der Abstimmung über den Unterhaus kommende Verfassungsänderung beteiligen zu wollen. Sie könnten nicht daran mitwirken, daß das Oberhaus die Funktion der gewählten Volksvertretung beeinträchtigt. Daneben müßten sie aber das Oberhaus als Plattform für sozialistische Propaganda und für eine schonungslose Kritik an der Politik der Regierung.

Man darf sich nicht verhehlen, daß die übergeordnete Regierungsmehrheit des Unterhauses mit Hilfe der verurteilten und verschleppenden Geschäftsordnung die kleine Minderheit von Arbeiterabgeordneten daran hindert, alle mühsamsten zur Sprache zu bringen. Das Unterhaus ist deshalb auch für die Agitation der Arbeiterbewegung unzureichend. Hier spricht die kleine Gruppe von „Reaktionären“ ein. Sie unterhalten ein dueres „Rommetfeuer“ auf die Regierung. In einer Debatte nach der anderen, in zahlreichen Anfragen, in dokumentierten Reden lenken sie die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die schwachen Stellen der Regierungspolitik, was auch in der Arbeiterbewegung und in der Arbeiterbewegung. Auf diese Art werden die der Reaktion ihre Arbeit an diesem Front des Konstitutionalismus und des Glanzes hinführt.

## Zuchthaus für Bombenleger

Das Aker Sondergericht verurteilte — wie uns aus Aker gemeldet wird — den 55-Jährigen Stenken, der am 9. November einen Bombenanschlag gegen das Gerichtsgelände in Aker verübt hatte, zu einem Jahr sechs Monaten Zuchthaus. Durch das Bombenattentat sollte die Regierung eingeschüchtert werden. Die Explosion der Bombe konnte jedoch verhindert werden.

## 11 Kinder eingebrochen und ertrunken

Eigener Bericht

Mainz, 14. Dezember.

Auf dem Rogenheimer Altkirch sind sechs Kinder auf dem Eis eingetroffen. Sechs von ihnen sind ertrunken. In Senheim, Kreis Zell a. D. Mofel, ertranken fünf Kinder im Dorfteich, auf dessen Eis sie gespielt hatten.

## Identifiziert . . .

Der Leichnam, der in viele Teile zerstückelt vor drei Wochen in zwei Koffern auf den Bahnhöfen Rrom und Reapel aufgefunden wurde, ist nunmehr identifiziert. Die Ermordete ist ein junges Dienstmädchen aus Rom, das Anfang November auf Grund eines Heiratgelüdes seine Dienstelle verließ hat. Von den Wörtern fehlt noch immer jede Spur.

## Jagdunfall

In der Nähe von Kanton (Kreis Ruppin) wurde auf einer Jagd ein Bauerngutsbesitzer von seinem Better erschossen. Der Better hatte sein Opfer in der Dunkelheit für ein Wildschwein gehalten.

## Verhüttet

Auf der Gede „St. Marguerite“ in Peronne (Nordfrankreich) wurden durch Schlagwetter sechs Bergleute verhüttet. Zwei wurden als Leichen geborgen. Auch für die übrigen Bergmännchen besteht wenig Hoffnung.

## Auch eine „Flüstermeise“

In einer sogenannten „Flüstermeise“ in Detroit kam es zu einer Revolverfehde zwischen Angehörigen von zwei Klotzschmugglerbanden. Eine Person wurde getötet, vier Personen erlitten schwere Verletzungen.

# Die Siedlung im Osten

Sozialdemokratischer Antrag gegen den Döhlhofkommissar

Die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei im Preussischen Landtag hat folgenden Antrag eingebracht:

„Der Reichsausschuß für die Döhlhöfe hat durch Erlaß an die Landstellen der Döhlhöfe in den Bezirken die Siedlung im Rahmen der Entschuldigungsmaßnahmen in der Landwirtschaft neu geregelt. Danach sind die Landstellen angekauft, durch landwirtschaftliche Sachverständige prüfen zu lassen, welche Teilflächen eines in der Umhüllung befindlichen Großbetriebes zu Siedlungszwecken abgetrennt werden können. Die Entschuldung darüber, ob die Entschuldung eines Großbetriebes durch Abgabe von Siedlungsland durchzuführen ist.“

Neigt einseitig und allein bei dem Celler der Landstelle. Er bestimmt endgültig die Flächen, die abzutrennen sind, wie auch den Preis, der für dieses Land zu zahlen ist.

Frei wenn alle diese Maßnahmen vorbereitet und durchgeführt sind, sollen die Kulturämter mit der Durchführung der Siedlungsarbeiten in Erscheinung treten. Den Kulturämtern werden also für die von der Entschuldung durch die Döhlhöfe betroffenen Betriebe die für die Siedlung

so wichtigen Aufgaben und die Auswahl des Bodens für Siedlungszwecke und die Einmünderung auf die Kreisfestlegung für diese Landflächen genommen. Da für die Kommissare der Döhlhöfe zunächst die Sanierung der zu entschuldenden Betriebe in Betracht kommen wird, kann die Auswahl der für Siedlungszwecke geeigneten Bodens, wie auch die Festlegung des zu zahlenden Kaufpreises von den Instanzen der Döhlhöfe niemals im Interesse einer leistungsfähigen und effizienten Siedlung durchgeführt werden.

Insbesondere, die auf das Verbleiben des ertragfähigen Bodens bei dem kanternden Betrieb bedacht sein müssen, werden nur zu leicht vernachlässigt, den schlechtesten, mühselvollsten Boden zu hohen Preisen zu Siedlungszwecken festzulegen. Damit würde die Siedlung völlig auf das tote Eis gefahren.

Wir beantragen: Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, bei der Reichsregierung für die beabsichtigte Aufhebung des Erlasses des Reichsausschusses für die Döhlhöfe an die Landstellen wegen der Durchführung von Landabgabe zu Siedlungszwecken einzutreten.

# Lahusen will amnestiert werden!

Das vom Reichstag beschlossene Amnestiegesetz gibt Strafverlaß für alle Delikte, die aus Anlass von Wirtschaftskämpfen geschehen sind. Es hat sich um einer gefunden, der von dieser Bestimmung Gebrauch machen möchte — Herr Lahusen, der Wirtschaftsverbrecher von der Nordwalde!

Er hat journalistische Vertreter — Wirtschaftsverbrecher wie Lahusen können sich das leisten und bezahlen —, die der Öffentlichkeit erzählen, es sei ein sehr fröhlicher Fall, was Wirtschaftskämpfe eigentlich bedeuten. Der arme Herr Lahusen zum Beispiel sei keineswegs so ein Verbrecher, sondern ein armes und unglücklich Opfer eines Wirtschaftskampfes. Es gebe nicht nur Wirtschaftskämpfe zwischen Arbeitern und Unternehmern, vielmehr seien auch die Kämpfe zwischen Unternehmergruppen als Wirtschaftskämpfe an-

zupredigen. Herr Lahusen aber sei aus Anlaß eines solchen Wirtschaftskampfes zu seinen strafbaren Handlungen gekommen, also müsse man die Freigabe anerkennen, ob er nicht auch amnestiert werden müßte!

Jeder Dieb, jeder Räuber, jeder Betrüger kann ebenso argumentieren! Jeder kann sein Eigentum übergeben aufstricken als ein Delikt, das aus Anlaß seines Wirtschaftskampfes gegen die Beteiligten geschehen sei! Die Logik der Wirtschaftsverbrecher ist totbar!

Vielleicht gründen die Herren Lahusen u. Co. nach ein Gemerkschaft der mit dem Strafgesetz in Konflikt gekommenen Wirtschaftsführer. In Wirklichkeit wird es nicht selten in diesen Wirtschaftskämpfen reich gesparten Zeit! Die Gemerkschaft der mit dem Strafgesetz in Konflikt gekommenen Wirtschaftsführer hätte dem zur Zeit Wirtschaftsverbrecher gemeinsam die Behauptung durchzuführen, daß sie alle nur unglückliche und unglückliche Opfer von Wirtschaftskämpfen sind!

Götthard-Tunnel laufen die Eisenbahnstämme parallel mit einer Luzerner Konstruktions. Bevor der Jülicher Schnellzug in den Götthard-Tunnel einbiegt und die halt gebietenden Signale passiert, beobachtet der Lokomotivführer des Zuges einen interessanten Autotransport auf jener Straße. Er war allein auf der Lokomotive, niemand war da, das Unglück zu hindern. . .

Ein weiteres Moment, das die Katastrophe ermöglichte, war die Verpflanzung des aus Luzern ausfahrenden Götthard-Zuges. In Luzern war Markt; aus diesem Grunde verließ der überaus ungewöhnlich lange Götthard-Zug den Alfabrischbahnhof 4 Minuten zu spät. Somit wurde die Bewegung der Züge innerhalb des Tunnels nicht möglich gewesen.

## Das Chaos im Dunkel

Der Brauch des Zusammenstoßes hatte ein paar zufällig in der Nähe wohnende Sanitätsmannschaften alarmiert. Zusammen mit dem überlebenden Zupferleiteten sie die erste Hilfe. Durch die Dunkelheit wurden die Rettungsmannschaften sehr erschwert. Später traten einige Akzeptationsleiter in Tätigkeit.

Die beiden Lokomotiven, der erste Personenzug des Götthard-Zuges, der hinter der elektrifizierten Lokomotive leerlaufende Schwynwagen des Jülicher Zuges und dessen Güterwagen Personenzug hatten sich den herdfähigen Zusammenstoß vollkommen ineinander verwickelt. Die Jülicher Maschine blieb auf den Gleisen stehen; ihre Triebräder brachen von den Achsen, sie liegen neben den Schienen. Die Götthard-Lokomotive hat sich hochgehoben, die Räder sind abgebrochen, die Puffer ineinandergefallen, die Plattformen völlig verbogen.

Wenig nach dem Zusammenstoß hatte es durch Kurzschluß auch einen kleinen Brand gegeben; da jedoch einige gefestigte Passagiere die Flammen sofort erloschen, konnte eine weitere Katastrophe, die in ihren Folgen unabweisbar gewesen wäre, verhindert werden. Das Chaos der Wagenstruktur füllte den Tunnelabschnitt teilweise bis zur Decke. Das Stöhnen und Jammer der Verletzten wie den vom Luzerner Bahnhof an die Unglücksstätte ankommenden Rettungsmannschaften den Weg zur Arbeit. In die Klagen der Verletzten mischte sich das Gebrüll geängsteter Kühe, die in einigen Wagen des Götthard-Zuges untergebracht waren. . .

## Die ersten Toten

Die ersten Toten und Verwundeten fand man in dem nach Stuttgart bestimmten Wagen des Jülicher Zuges. Zum Teil hatte das Gefäß jenes Wagens auseinandergefallen, wobei die Verunglückten befreit zu können. Außerdem mußten Sitze herausgehoben werden. Schließlich wurden die Opfer der Katastrophe aus den Fenstern gehoben. Den Anfall der hochgehobenen Glied-, Gesicht- und Postmagen verstaute man mit

